

diesem Ausspruch zu dem Standpunkt der Deutschnationalen noch besonders weit?

Ganz sicher nicht! Aber das Zentrum hat zur Zeit andere Sorgen, als solche Fragen zu klären. Es geht ihm nicht um Republik oder Monarchie, nicht einmal um Krieg oder Frieden. Es geht ihm ganz einfach um seinen Bestand! Und deshalb braucht es, trotz aller Neigungen des größten Teils seiner Führerschaft nach rechts vorläufig, wenn schon eine Regierungs-umbildung nötig wird, im Reich eine solche nicht mit den Deutschnationalen, sondern mit der Sozialdemokratie. Ihre, wie sie sagte: „berechtigten parteigegensinnigen Gründe“ gegen eine Koalition mit den Deutschnationalen formuliert die Germania am 5. September wie folgt:

„In der schändlichen Ablehnung des Liebeswerbens des Grafen Westarp vernimmt man vielleicht christliches Mitleid und Nächstenliebe. Aber jenseitig Nächstenliebe und christliches Mitleid die Zentrumsführer auch hegen, nie werden sie sich dahin treiben lassen, der eigenen Partei das Grab zu schaufeln. Sie kennen die Stimmung ihrer Anhänger zu gut, um deren Treue zur Partei der Belastungsprobe einer abermaligen Koalition mit den Deutschnationalen auszuliefern.“

Hier sind sichtbar die Lehren des Volkseinkaufs und nicht zuletzt auch die Verschärfungen der sozialen Lage wirksam, und deren Produkt ist eben die Ablehnung der Koalition mit den Deutschnationalen und der Ruf nach der Koalition mit der Sozialdemokratie! Nachdem Silberberg als Freund des Zentrums und gleichzeitig als großkapitalistischer Interessent seiner Sorge um den Bestand des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften bei gleichbleibender Oppositionsstellung der Sozialdemokratie Ausdruck gegeben und an dieser Sorge auch die Industriekapitäne des Reichsverbandes der Industrie beteiligt hat, ist auch bei der Deutschnationalen Partei, der diese Diktatoren der kapitalistischen Gegenwart das Gepräge und — das Geld geben, die Neigung für die große Koalition, das vorläufige Ziel der Bemühungen des Zentrums, gewachsen. Und dies um so mehr, als dabei der verlorene Einfluss in Preußen zurückzugewinnen ist. Infolgedessen sind, wie wir schon berichteten, für die Volkspartei der Abgeordnete Leidig und für das Zentrum der Abgeordnete Hef in Besprechungen über eine Erweiterung der preussischen Regierungskoalition durch Hinzunahme der Volkspartei eingetreten. Es verhält dabei gar nichts, daß der Vorsitzende der Preußenfraktion der Volkspartei, von Campe, in einer Erklärung, die allzu stark nach gekränkter Leberwurst riecht, diese Besprechungen als private Unterhaltungen bezeichnet. Viel wichtiger ist dazu die Versicherung der Täglichen Rundschau, des Organs Stresemanns, vom 26. September, daß „die Umgestaltung und Erweiterung der preussischen Regierung eine Forderung von größerer Dringlichkeit“ sei: „Die Bestrebungen zu diesem Ziele sind im Gang und müssen zum Erfolge führen.“ Inzwischen hat übrigens eine Konferenz aller deutschen Landtagsfraktionen der Volkspartei Herrn Leidig neben Campe als Vorsitzenden gewählt und hat Leidig außerdem ihren besonderen Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen, so daß die Zurückweisung Campes ziemlich deutsch ausgefallen ist und der Drang der Volkspartei nach der preussischen Regierung nicht mehr abgelehnt werden kann.

Im Zeichen dieser Koalitionsfragen steht der Parteitag der Deutschen Volkspartei, der eben in Köln begonnen hat. Dieser Parteitag ist von der deutschnationalen Presse schon im voraus unter ein Trommelfeuern genommen worden, das zunächst dem Gedanken der Wiederherstellung der großen Koalition in Preußen gilt. So war am 27. September in der Deutschen Tageszeitung zu lesen, der Parteitag solle „nicht zum Objekt einer künstlichen Stimmungsmache werden“, die durchaus im Widerspruch zu den Realitäten steht. „In Preußen werde die Volkspartei nur „in die Rolle eines ergebensten Petenten“ gedrängt sein. Der Tag des Herrn Hugenberg sagte der Volkspartei am 26. September, in Preußen sei „eine positive Einwirkung auf den Gang der Dinge nicht durch einen schwachen Rechtsanspruch der Regierung, sondern nur durch eine starke einheitliche Rechte zu erreichen“. Inzwischen haben sich diese Töne der freundschaftlichen Beschwörung zum Trompetenschmetter der vielversprechenden Warnung an die Volkspartei gesteigert: sie solle ihre „nationale Zuverlässigkeit“ nicht in Gefahr bringen.

Andererseits ist die taktische Neigung des Zentrums zur großen Koalition zur Zeit unverkennbar. Zu allem Überflus erklärt die Germania nochmals, „der Gedanke, der der großen Koalition zugrunde liegt, ist so aktuell und lebenskräftig wie je“. Von Seiten der Demokraten hat Herr Koch in einem langen programmatischen Artikel im Berliner Tageblatt vom 2. September geschrieben: „Sachlich wäre es ein Fehler, wenn man die Deutsche Volkspartei ohne Not aus der politischen Verantwortung herauslassen wollte. Sie gehört nicht auf die Fettweide der Opposition, sondern auf die dürre Heide der Regierungspolitik.“ Am 26. September veröffentlichte das Berliner Tageblatt: „Meistens wird weder bei den Demokraten noch bei den Sozialdemokraten gegen eine Wiederbeteiligung der Deutschen Volkspartei grundsätzlich Widerspruch erhoben.“ Noch entschiedener fügte die Vossische Zeitung am 26. September einer ähnlichen Versicherung hinzu: „Im ganzen aber darf man den in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Wiederherstellung der großen Koalition in Preußen ein günstiges Prognostikon stellen.“

Hier wird also in der preussischen Koalitionsfrage, die als Vorfrage der Regierungsumbildung im Reich abgestempelt ist, über die Stellungnahme der Sozialdemokratie verurteilt, als ob über diese schon entschieden sei. Es ist allerdings zweifellos, daß innerhalb der preussischen Sozialdemokratie allerhand Kräfte am Werke sind, um die Bereitwilligkeit der Partei für eine Koalition mit der Volkspartei zu erreichen. Wie stark aber noch die Gegenkräfte sind, geht u. a. aus der Haltung unseres Breslauer Parteioorgans hervor, das mit dem Satz: „Mögen die Verhandlungen über Erweiterung der Preußenkoalition nicht die bestehende gefährden!“ das vorsichtig andeutet, was das Frankfurter Parteiorgan unmissverständlich deutlich mit den Worten sagt: Wir sind „Gegner der preussischen Koalitionspolitik mit ihrer bisherigen Regierungsmethode. Wir erkennen dabei die ungewöhnliche Tüchtigkeit, die Begabung, den Fleiß, die Energie den guten Willen der beiden sozialdemokratischen Minister in Preußen an. Es handelt sich also nicht um eine Personenfrage, da gerade diese nie besser gelöst werden kann. Es handelt sich um Mängel des Systems der jetzigen Art der Koalitionspolitik. Die Aufnahme der Volkspartei, der Interessenvertretung der industriellen Bourgeoisie, in die Koalition müßte die Verwaltung noch jungunsten der Arbeiter, Angestellten und Beamten verschlechtern.“

Die Stimmung, die hier gegenüber der preussischen Koalitionspolitik der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommt, beherrscht weite Kreise der Arbeiterchaft gegenüber dem Ge-

# Reden um Silberberg.

## Der Wurf in den Freischieß.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Düsseldorf, den 1. Oktober.

Die städtische Tonhalle, die schon so mancher bedeutungsvollen Veranstaltung ihre Räume zur Verfügung stellte, hat heute einen großen Tag. Neugierig fällt das in der noch immer gefolterten Stadt kaum auf. Man merkt es aber, sobald man die Tonhalle betritt, an den schneidigen, anscheinend auf Hasenzusammenstößen und verbindliches Grüßen besonders instruierten Schupo-Beamten. Im übrigen weiß der kritische Beobachter kaum, wie er sich persönlich so auf den ersten Moment zu den 700 Vertretern der rheinisch-westfälischen Wirtschaft stellen soll, die da zur Jahresversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (kurz der Langenamen-Verein genannt) zusammengelassen sind. Die Herren sind meist über das Schwabener hinaus, und es heißt, daß man graue Häupter ehren soll. Wie aber, wenn zwei Drittel der Versammlung blankpolierte Rasköpfe zeigen? Ein bekanntes Volkswort sagt, daß ein laher Kopf die Quittung sei für gehabtes Vergnügen. Werksucht, sieht hier also eine Menge gehabtes Vergnügen beisammen.

Das trägt etwas die Hochachtung für die sicherlich hochachtbaren Herren, vornehmlich von Kohle und Eisen, die heute — so hat die Unternehmerpresse angekündigt — über den Fall Silberberg reden wollen. Da ist — jeder Zoll ein Generaldirektor! — Herr Reusch von der Gutehoffnungshütte, der sich als Amerikanerfahrer wichtig tut. Neben ihm der gefühlvolle Katholik, der seine Rede später mit einem „Gott sei es geklagt!“ würzt, der Braunkohlen-Silberberg, um dessen wirtschaftliches Fortkommen man besorgt sein könnte, wenn man nicht wüßte, daß dieser interessante jüdische Kopf seine Gefühle sehr wohl aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit fernzuhalten weiß. Mittenmang der Eisenpatt-Sieger Fritz Thyssen, der „rheinische Held“, der einmal von den Franzosen in eine höchst erträgliche Gefangenschaft abgeführt wurde und im übrigen beim deutschnationalen Flügel des Zentrums mit den Ton angibt. Nicht zu vergessen ist schließlich der große Mann des Chemiekapitals und des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Herr Duisberg, eben 65 Jahre alt geworden und dazu von der Versammlung lebhaft gratuliert. Drum herum ein erlauchter Kranz sonstiger erlauchter Herren der Industrie, deren Namensunterschrift dort etwas gilt, wo die Unterschriften der Geistesführer ihren Wert verlieren: auf Scheidformularen mit sieben- und mehrstelligen Zahlen.

Zuerst spricht Herr Reusch. Da ich vor kurzem mehrere Wochen in Amerika weilte — so fühlt er sich verpflichtet, etwas über Amerika zu sagen. Es klingt in die Mahnung aus, in Deutschland nicht — das amerikanische Abzahlungssystem einzuführen. Bei dieser Gelegenheit sei den über Amerika redenden und schreibenden deutschen Wirtschaftsführern (mit wenigen Ausnahmen) doch einmal empfohlen, sich die lässliche Satire zu Gemüte zu führen, die der bekannte Simplicissimuszeichner Gulbranston I. 3. zu „Kooles-Weits Doktorrede“ geliefert hat (Sie findet sich in dem Album „Aus meiner Schublade“). Vielleicht fühlen sich dann der Reusch und die anderen Reuschs geföhelt, wenn sie von Roosevelt-Gulbranston lesen:

„Aber hier in dieses Land weiß man auch gut mit Pulver zu gebrauchen und verdammt lange Kriege zu machen. Zum Beispiel ich will Sie erzählen, daß einer dreißig Jahre gebauert hat, und man heißt ihn Dreißigjähriger Krieg. Wann er gewesen ist, weiß ich nicht mehr. Well — jawoll!“

Doch dann kommt Herr Reusch in einer Ueberleitung, wie sie auch etwa in seinen Verwaltungshaltungen zwischen dem einen und dem anderen Tagesordnungspunkt üblich sein mag, auf Dresden zu sprechen. Er erklärt:

„Auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

hat unser Freund Silberberg in einer hervorragenden, gebantenvollen Rede über „Das deutsche Unternehmertum in der Nachkriegszeit“ Aufschlüsse entwickelt, denen man in der Hauptsache voll und ganz zustimmen kann. Leider hat er sich am Schluß seiner Ausführungen auf das politische Gebiet begeben, was in Kreisen der Industrie Bedenken und Widerspruch auslösen muß, um so mehr, als diese Ausführungen von der Presse parteipolitisch ausgewertet wurden. Es ist besonders zu bedauern, daß dadurch seine übrigen bedeutungsvollen Darlegungen in den Hintergrund gedrängt wurden. Ich stimme Herrn Silberberg darin zu, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterchaft registriert werden soll, glaube aber auch mit ihm darin einig zu gehen, daß von der Industrie im Interesse ihres geschlossenen Aufstretens die Parteipolitik ferngehalten werden muß. Arbeiter — Kopf- und Handarbeiter — sind in allen Parteien vorhanden. Es ist nicht angängig, eine einzelne Partei als „Arbeiterpartei“ zu bezeichnen. In der Presse kehrt immer die Behauptung wieder, daß der Wortlaut der Silberbergschen Rede einstimmig vom Präsidium des Reichsverbandes vorher gebilligt worden sei. Ich stelle hier ausdrücklich fest, daß die Rede des Herrn Silberberg dem Präsidium und Vorstand vor der Dresdener Tagung nicht vorgelesen hat. Wir haben von dem Inhalt der Rede keine Kenntnis gehabt.“

Damit ist nun allerdings die Dresdener Rede Silberbergs in ihrer Bedeutung wesentlich eingeschränkt. Noch mehr jedoch durch die folgenden Erklärungen.

„denken der großen Koalition im Reich in noch verstärktem Maße. Es darf um so weniger unbeachtet bleiben, welche Motive die bürgerlichen Parteien bewegen, die „Mitarbeit“ der Sozialdemokratie zu suchen. Das Zentrum sucht sich auf solche Weise von dem Druck zu entlasten, den die, wenn auch auch so jahne Opposition der Sozialdemokratie auf seine Arbeiteranhänger ausübt. Die kapitalistischen Kreise der Volkspartei und die nicht weniger auf Wahrung von Kapitalinteressen bedachten Demokraten suchen auf alle Fälle die Anziehungskraft der Sozialdemokratie zu schwächen. Die vor einigen Tagen von uns verzeichnete Mahnung des Stögerwald-Organs, die Sozialdemokratie dürfe nichts darum geben, durch Koalitionspolitik Anhänger an die Kommunisten zu verlieren, und die Meinung eines so bedeutenden Organs der Volkspartei, wie der Kölnischen Zeitung, es komme darauf an, den Gedanken des Sozialismus zu diskreditieren, sind deutlich genug. Demgegenüber ist der Sozialdemokratie jener „berechtigten Parteigegensinn“ zu wünschen, der die Germania zu der Ablehnung der Koalition mit den Deutschnationalen führte, daß man sich nämlich nicht dahin treiben lassen dürfe, durch Mißachtung der „Stimmung ihrer Anhänger“, der eigenen Partei das Grab zu schaufeln.“ Das ist wie für das Zentrum, so auch für die Sozialdemokratie nicht gerade wörtlich zu nehmen, aber als richtungweisend bei Entscheidungen, die so nahe Wachen und Gebahren einer Partei berühren, wie Koalitionsfragen.

## Silberberg

versichert, von einer Auseinandersetzung zwischen ihm und seinem „sehr verehrten Freund Reusch“ könne keine Rede sein, denn dieser habe den „Bedeutungsvollen Satz“ gesprochen und damit seine eigene Meinung unterstrichen: „Ich stimme Herrn Silberberg darin zu, daß nicht gegen und nicht ohne die Arbeiterchaft registriert werden soll.“ Er sei zu seinen Ausführungen gekommen aus einer Erkenntnis, die der bekannte Stahlrath-Nachhaber Wägler in den Satz gefaßt habe: „Wir sind auf dem besten Wege, unsere Arbeiterchaft fremd zu werden.“ Von diesem Wege gelte es, Unternehmer und Arbeiterchaft zurückzuführen. Man dürfe die Sozialdemokratie nicht prinzipiell als regierungsfähig ablehnen; es komme darauf an, sich die Regierungsbildung mit rechts und links — je nachdem — offen zu halten. Man brauche jetzt nicht „mit allen Segeln neue politische Kombinationen zu suchen.“ Aber namens der Wirtschaft müsse prinzipiell die Sozialdemokratie anerkannt werden unter der Voraussetzung, daß sie sich nicht „von der Straße“ beeinflussen lasse und ihre „Doctrinen“, wenn sie sie auch als Lehrbuch-Weisheiten behalte, in der Praxis lassen lasse. Seine Meinung (nicht seine Rede) habe er vorher einer nicht offiziellen Kommission des Reichsverbandes zur Kenntnis gebracht.

## Fritz Thyssen

findet an Amerika bemerkenswert, daß dort die Interessensvertretungen der Arbeiter nicht politisch orientiert sind. Er bezeichnet den gegenwärtigen Zustand in Deutschland als ein „nationales Unglück“. Gefühvoll ruft er aus: „Die Seele des deutschen Arbeiters ist nicht eine sozialdemokratische oder liberale, sondern eine deutsche Seele“. Gerne setze er sich mit den Arbeitern an einen Tisch, aber er lehne es ab, „irgendeiner Richtung den Vortritt zu geben.“

## Ein anmahnender Tropf

nimmt dann als Gast der Tagung in der Person des Zentrums-Abgeordneten Engberding das Wort. Es ist nicht der Inhalt seiner Ausführungen, der diese Charakterisierung veranlaßt, sondern der Ton und die Gebärde des alles besser wissenden Parlamentariers von der linken Seite, die sich mit der Wahl als „eines Hauptes länger denn alles Volk“ fühlt. Die Zusammenarbeit mit der Arbeiterchaft will er „freudig bejahen“, aber der Sozialdemokratie nicht vergessen, daß sie den Reichswehr-Einmarsch in Sachsen „zur Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse“ nicht dulden wollte! Die Sozialdemokratie müsse sich mauezen, aber wenn sie sich so maueze, wie es Silberberg verlange, so sei die Koalition von Westarp bis Hilferding das Gegebene.

## Das Geburtsstagenkind Duisberg

zeigt sich in fröhlichster Laune. Er unterstreicht, daß der Reichsverband offiziell mit dem Inhalt der Silberbergschen Rede nichts zu tun habe. Allerdings hätte die Meinung Silberbergs in einem inoffiziellen Gremium des Reichsverbandes die Zustimmung aller anwesenden Herren (mit einer Ausnahme) gefunden. Gehemrat Kasi habe dagegen in Dresden die offizielle Meinung des Reichsverbandes vertreten. Die Rede Silberbergs habe ihm persönlich ein ungetrübtes Vergnügen bereitet. Sie sei ein Steinwurf in einen Freischieß und es sei erheiternd gewesen, wie alle die Freischieß der öffentlichen Meinung angefangen hätten, zu quaten. „Es war ein taktischer Streich“, und dieser hat die Absichten des Reichsverbandes mächtig gefördert.

## Die Tagung der Rasköpfe

widmete diesen Auseinandersetzungen eine knappe Stunde. Dabei fand Herr Reusch noch Zeit, das Arbeitelobesprogramm der Reichsregierung zu kritisieren („Wir begrüßen es, aber nicht in dem Ausmaße, wie es vorliegt.“), den Unterhändlern für den Eisenpatt, insbesondere Fritz Thyssen „aufrichtigen Dank“ zu sagen, die „Neigung, schon jetzt an eine Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu glauben“, zurückzuweisen, das Reichsnappschaffsgesetz zu verurteilen, festzustellen, daß auch nicht gegen die Wirtschaft registriert werden kann und unter Bravoursen und Händeklatschen der Versammlung zu versichern: „Es muß aber auch gleichzeitig klar und deutlich ausgesprochen werden, daß wir diese Hoffnung auf eine wirkliche (außenpolitische) Befriedigung so lange nicht teilen können, als noch ein einziger fremder Soldat auf deutschem Boden steht und durch seine Anwesenheit unser vaterländisches Empfinden verletzt.“ In der Fortführung dieser Versicherung lagte Fritz Thyssen noch, der Eisenpatt habe für die Unternehmer sicher materiellen Wert, aber ohne Wahrung der Befahrung gebe es keine wirkliche wirtschaftliche Verständigung. Den Widerspruch, daß die Eisenindustriellen ihren materiellen Vorteil im Eisenpatt sicherstellen haben, ohne die Befriedigung ihres „vaterländischen Empfindens“ abzuwarten, empfindet natürlich keiner der so betont „vaterländischen“ Herren.

Die politische Bedeutung der Düsseldorf-Wirtschaftstagung liegt zunächst in der Feststellung, daß Silberbergs Dresdener Rede keinen prinzipiellen Koalitionsmissen der Unternehmer mit der Sozialdemokratie aussprach, sondern lediglich die Meinung präziserte, daß — entsprechend den grundsätzlichen Grundfragen des Zentrums — „prinzipiell“ sowohl mit rechts, wie mit links — je nachdem! — registriert werden soll. Dabei bleibt, wie Duisberg in Bestätigung der nach Silberbergs Rede sofort geäußerten Auffassung der Leipziger Volkszeitung durchdringend ließ, bestehen, daß man zur Zeit aus kapitalistischen Bedürfnissen eine Regierungsumbildung der Sozialdemokratie wünscht, deren Dauer davon abhängig sein würde, ob und wie weit die Sozialdemokratie sich mauezt. Die ganze Geringschätzung der Wirtschaftsdiagnostoren für die, auf die ihr durch Silberberg geführter „taktischer Streich“ wirken soll, kommt dabei in dem von Duisberg gewählten Worte vom „Steinwurf in den Freischieß“ zum Ausdruck. Wir beneiden die sozialdemokratischen Freischieß wirklich nicht, die nach dem „taktischen Streich“ der Industriellen nicht schnell genug „ja“ quaten konnten.

## Demonstration gegen das rumänische Gewaltregime.

Wie von der polnischen Presse gemeldet wird, ist es bei der Ratifizierung des polnisch-rumänischen Vertrages im Sejm zu stürmischen Ausbrüchen gekommen. Selbst die Anwesenheit des rumänischen Gesandten in der Diplomatenloge hielt die Kritiker nicht ab, schwere Vorwürfe gegen Rumänien zu erheben.

Der Vertreter der Unabhängigen Bauern, Ballin, protestierte in leidenschaftlicher Rede gegen das Terrorregime in Rumänien. Er bedauerte die Schandtat der rumänischen Geheimpolitik auf, wies auf die Unterdrückung in der Moldau und in dem geraubten Besarabien hin. Für Polen bedeute der Vertrag ein neues Kriegsabenteuer. Die Rede wurde von den Rechtsparteien des östlichen stürmisch unterbrochen. Der Vizepräsident Dajnycki mußte wiederholt eingreifen und den Redner ersuchen, nicht beleidigende Worte zu gebrauchen. Doch Ballin setzte seine Angriffe unbedürftigt fort, bis die Erregung derartig anschwellte, daß er seine Rede beenden mußte. Nach einer gleichfalls scharfen Kritik des ukrainischen Redners wurde schließlich dennoch der Vertrag angenommen. Es ist das erstmal in polnischen Sejm, daß bei der Ratifizierung eines Vertrages gegen eine fremde Regierung eine derartige Demonstration erfolgte.

Todesstrafe gegen griechische Offiziere beantragt. Im Kriegsgerichtsprozeß gegen die Athener Offiziere der republikanischen Garde beantragte der Staatsanwalt gegen die obersten Führer die Todesstrafe.